

**Antrag 106/I/2020**

**AG 60plus Landesvorstand**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Erledigt bei Annahme 107/I/2020 (Konsens)**

**Bundesgesundheitsminister Spahn öffentlichkeitswirksam rügen**

- 1 Der SPD-Landesvorstand Berlins und der SPD-
- 2 Parteivorstand des Bundes werden aufgefordert, Bundes-
- 3 gesundheitsminister Jens Spahn für sein Fehlverhalten
- 4 öffentlichkeitswirksam zu rügen.0
- 5
- 6 Er hat das ihm unterstellte Bundesinstitut für Arzneimit-
- 7 tel und Medizinprodukte angewiesen, alle Anträge auf
- 8 Sterbehilfe pauschal abzuweisen. Er verstößt damit gegen
- 9 ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das die Einzel-
- 10 fallprüfung jedes Antrags anordnet.
- 11
- 12 Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist zudem aufge-
- 13 fordert, diese Anweisung unverzüglich zurückzunehmen.
- 14
- 15 **Begründung**
- 16 Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts,
- 17 dass das Verbot von geschäftsmäßiger Sterbehilfe verfas-
- 18 sungswidrig ist und es ein Recht auf selbstbestimmtes
- 19 Sterben gebe, wird deutlich, dass Bundesminister Spahn
- 20 mit seiner Anweisung an das ihm unterstellte Bundesin-
- 21 stitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gegen das
- 22 Grundgesetz verstoßen hat.
- 23
- 24 Jens Spahn muss jetzt seinen Widerstand gegen Sterbe-
- 25 hilfe und auch gegen die Abgabe der dazu notwendigen
- 26 Medikamente sofort aufgeben.